

besonders angeht die Kasse, unsere „Gesamtergebnisse“ als des maßgebenden Regulators, von den verschiedensten Standpunkten aus acceptirt werden. Aber die Thronrede hält es weiter für Pflicht, „daß demgemäß unsere Zollgesetzgebung den bewährten Grundgedanken wiederum näher trete, auf welchen die gedeihliche Wirksamkeit des Zollvereins fast ein halbes Jahrhundert beruht hat und welche in unserer Handelspolitik seit dem Jahre 1868 in wesentlichen Theilen verlassen worden sind. Ich vermag nicht zu erkennen, daß thatsächliche Erfolge dieser Wendung unserer Zollpolitik zur Seite gestanden haben.“ Es ist hier nicht der Ort, über Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Anschauung zu streiten; wir constatiren nur, daß mit denselben den Grundgedanken, nach welchen Fürst Bismarck während der Dauer seiner Stellung an der Spitze des preussischen Cabinets wie der Verwaltung des Norddeutschen Bundes und später des Reichs Hand in Hand mit Delbrück unsere Zoll- und Handelspolitik geleitet hat, der Krieg erklärt wird, in einer Schärfe, die selbst das Schreiben vom 15. December vermieden hatte, einer Schärfe, die sogar die unbedingten Anhänger dieses Programms einigermaßen überrascht hat.

Nicht erfreulicher werden die Aussichten der Session durch die Stelle, in welcher das sogenannte „Strafgesetz“ angehängt wird. In der Form einer Erweiterung der dem Reichstage aus Artikel 27 der Verfassung zustehenden Befugnisse wird derselben zugemuthet, auf eben diese Befugnisse, nämlich seine Disciplin selbst zu regeln, zu verzichten und die Redefreiheit, welche verfassungsmäßig lediglich an dieser Selbstdisciplin des Hauses ihre Schranke findet, durch Gesetz beschränken zu lassen. Daß der Reichstag — von dem materiellen Inhalte der Vorlage ganz abgesehen — auf eine solche Zumuthung nicht eingehen kann, bedarf nicht erst des Nachweises. Wie immer man sich das Schicksal des Gesetzentwurfs denken mag, zum Vortheil des Verhältnisses zwischen Volkvertretung und Regierung wird er sicher nicht ausschlagen. Er eröffnet die Perspective in eine trübe Zukunft. Alle Freunde des Vaterlandes, die der Ueberzeugung sind, daß unser junges Reich für heftige innere Kämpfe noch nicht stark genug sei, werden diesem Zustand mit tiefer Besorgnis entgegengehen. Wir können — traurig genug! — nur eines wünschen: daß und die thatsächliche Entwicklung der Schwarzseherei überführe.

Wir lassen einen Bericht unseres Correspondenten folgen, der im Hoyer des Reichstages überaus heimisch ist und die Stimmung in den Fractionen durchaus treu wiedergeben pflegt:

Berlin, 12. Februar. Die Physiognomie der heutigen Eröffnungssitzung des Reichstages verräth Nichts von den tiefgehenden und ernsten Besorgnissen, welche die Repräsentanten des deutschen Volkes seit Wochen bewegen. Die geschäftliche Seite der ersten Zusammenkunft vor der Constituierung des Hauses wurde in der herkömmlichen Weise erledigt, und man erkannte nur an den ernstlichen Begrüßungen alter Parteigenossen, daß es sich diesmal um Entscheidungen handelte, welche das Wohl und Wehe der deutschen Nation umfassen. Im vertraulichen Verkehr der einzelnen Mitglieder wurde selbstverständlich die Lage der Dinge eingehend besprochen. Manche Anhaltspunkte für übereinstimmende, wie für auseinandergehende Meinungen bot sowohl die Thronrede dar, als die Lage der einzelnen Angelegenheiten und die schwebenden Personalfragen, wie sie Jedem in seinem Kreise zur Kenntniß gekommen sind. Als eines guten Zeichens sei gedacht, daß viele der Reichsboten nicht mit jenem Bestimmtheit in den Reichstagsaal eingetreten sind, der hier in letzter Zeit unter den Landtags-Abgeordneten gang und gebe geworden ist. Von diesen Mitgliedern des Reichstages wurde constatirt, daß nach den ihnen gewordenen Informationen kaum vor Ablauf der ersten Hälfte der Session der Kampf um die eigentlichen Aufgaben derselben beginnen wird. Noch hätten die betreffenden Vorlagen nicht die ersten Stadien ihrer Ausarbeitung erreicht, weil die dissentirenden Auffassungen sich mit jedem Schritt mehren, den man auf dem schwierigen Wege der Lösung der finanziellen und volkswirtschaftlichen Gesetzgebung macht, wie sie sich der Kanzler in seinem vielbesprochenen Briefe dachte. Gewiß sei, daß ein autonomer Polltarif dem Reichstage im besten Falle erst gegen Ende der Session vorgelegt werden könnte, und Jedermann glaubt, daß die Stellungnahme der Parteien, wie sie sich heute bereits markirt, nicht danach angethan ist, den einzelnen Positionen eine feste Reichheit zu sichern.

Nach Aeußerungen aus der Umgebung des Reichskanzlers soll er Klage darüber führen, daß die Sachverständigen, welche seine Zoll- und Steuerpolitik unterstützen, theils divergirende Auffassungen über die einzuschlagenden Wege hegen, theils, durch die Delbrück-Campbause'sche Aera voreingenommen, mit innerem Widerstreben an die Durchführung des neuen Programms gehen. Dem gegenüber wird von anderen Reichstags-Mitgliedern auf Grund ihrer Informationen behauptet, daß in der Wilhelmstraße kein Zweifel über die geringe Billigkeit des Parlamentes für die Annahme der projectirten Zoll- und Steuerreformen herrsche. Es handelt sich im Augenblick darum, einzelne Vorlagen, die den Reform-Ideen des Reichskanzlers entsprechen, derart zuzufügen, dem Reichstage zu unterbreiten, daß dieselben abgelehnt und so das Parlament dem Kaiser und der Nation gegenüber ins Unrecht gestellt wird. Die Auflösung des Reichstages würde die unvermeidliche Folge sein und eine conservativ-rechtliche, mit welcher allein Fürst Bismarck zu regieren für möglich hält, erzielt werden. Es wird bestritten, daß der event. Auflösung des Reichstages ein kaiserliches Veto entgegengesetzt würde und die Thronrede bietet

dazu insofern einen Anhaltspunkt, als sie nicht, wie Dies sonst üblich, günstige Erwartungen an die Ergebnisse der nächsten Reichstagsession knüpft.

Von officieller Seite, wo man den Stimmungen an entscheidender Stelle gewiß Rechnung trägt, wird geradezu mit dem rothen Gespenst gedroht und ungefähr gesagt: „Wir wissen, daß die Verzweiflung und die Erbitterung der vergebens Arbeit Suchenden stetig und rasch zunimmt und falls kein Wandel geschaffen wird, die Stunde des allgemeinen Loschlagens als die Erklärung von ihrer Seite, als die ultima ratio angesehen wird. Nicht ohne Bedenken werden diese Drohungen in Reichstagskreisen aufgenommen, weil sie im Zusammenhang mit jener Stelle der Thronrede stehen, welche die Hoffnung ausdrückt, daß auf die Mitwirkung des Reichstages gerechnet wird, soweit die Heilung unserer socialen Schäden sich als unvollendet erweisen sollte. Ob es richtig ist, daß damit eine neue Auflage des Socialistengesetzes eingeleitet, oder ob damit der Werth angebetet werden soll, welchen die Reichsregierung auf die Annahme des „Strafgesetzes“ gegen die Reichstagsabgeordneten legt, Das vermögen wir bis zur Stunde noch nicht zu unterscheiden. Aber zweifellos bleibt es, daß der Passus der Thronrede, welcher von der Vorlage über die Ausschreitungen der Reichstagsabgeordneten spricht und dieselbe als „eine erweiterte gesetzliche Unterlage“ preist, als einer der Anhaltspunkte der conservativen Politik betrachtet wird, die unter Umständen zu einem Conflict zwischen der Reichsgewalt und der Volkvertretung führen könnten.“

Es ist selbstverständlich, daß jene Stelle der Thronrede, die über die Wirtschaftspolitik handeln und mit den bisherigen Traditionen vollständig brechen, ein außerordentliches Aufsehen innerhalb und außerhalb des Reichstages gemacht haben. Mit Recht wird ein Vergleich mit den Ausführungen der Thronrede vom Jahre 1877 gezogen, welche constatirte, daß die inneren Zustände des deutschen Reiches einen wesentlichen Antheil an den Uebelständen nicht haben, die in allen anderen Ländern gleichmäßig gefühlt werden. Die Schutzpolitik wirkt unbedenklich die Aera der neueren Handelsverträge hinter sich und steuert dem autonomen Polltarif zu, dessen Mittelpunkt die Getreide- und Viehzüchtungen bilden sollen.“

So weit unser Herr Correspondent. Am Reichstage selbst wird es nun sein, unter Pöntanzung der Parteileidenschaft das Wohl des Landes sich zur obersten Pflicht zu machen. Diese Pflicht ist schwer zu erfüllen in einer Höhe, in der die Nation mit der Omnipotenz des Staates in einen tiefgehenden Widerstreit tritt, um seine Erwerbsfähigkeit zu erhöhen, überhaupt seine gesammten wirtschaftlichen Zustände zu verbessern. Mäße reicher Segen aus den bevorstehenden Kämpfen hervorgehen!

Reichstag.

Berlin, 12. Februar. Die national-liberale Fraction wird bei der morgigen Präsidienwahl des Reichstages einfach für Wiederwahl des bisherigen Präsidiums stimmen. Ein Grund, von dem zu Beginn der letzten Session beobachteten Verfahren abzuweichen, liegt in den obwaltenden Verhältnissen nicht vor.

1. Sitzung vom 12. Februar.

Nach der Eröffnung versammelten die Mitglieder des Reichstages sich in ihrem Sitzungssaale. Um 3^{1/2} Uhr eröffnete Präsident v. Forstner als Präsident der vorigen Session die Sitzung und beauftragte den provisorischen Schriftführer den Abg. Bernhardt, Graf Kleff, Hilb und Dr. Wetzel. — Am Vorabend sind bereits eingegangen: der Etat, Gesetzentwurf, betr. die Erhebung einer Anleihe zur Durchführung der Münzreform und für die Verwaltung des Heeres, der Marine, der Post und Telegraphie, die Gebührenordnung für Rechtsanwältinnen, der Handelsvertrag mit Oesterreich, der Gesetzentwurf, betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln und Verbrauchsgegenständen, der Weltpostvertrag und verschiedene Uebersichten, darunter die Darlegung der Maßnahmen zur Durchführung des Socialistengesetzes. — Der vorgenommene Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 400 Mitgliedern (1 über die beschlußfähige Zahl). Zur Wahl des Präsidiums beramte der Präsident die nächste Sitzung auf Donnerstag 9 Uhr an. Schluß 4^{1/2} Uhr.

Preussischer Landtag.

Berlin, 12. Februar. Der Abgeordnete Riquel ist seit 8 Tagen an einem heftigen Bronchialkatarrh erkrankt und wird kaum an den Verhandlungen dieser Session des Abgeordnetenhauses wieder theilnehmen können. Die Abwesenheit Riquel's wird bei der Debatte über die Resolution wegen Quotisirung der Personalsteuer um so fühlbarer, als bekanntlich seine Fraction einen Zusatzantrag einzubringen beschloß, nach welchem, ohne die constitutionellen Garantien zu gefährden, die Ueberschneidung eines Theils der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden als erwünschte Verwendung von Ueberschüssen neben dem Erlaß an der Klassen- und Einkommensteuer verlangt wird. Mit Recht sagt die wohlinformirte „Osnabrücker Ztg.“, daß die Regierung in der Lage sei, ohne eine besondere Ermächtigung von Seiten der Landes-Vertretung alljährlich immer größere Steuerquantia vom Lande zu erheben. Hier ist somit im wahren Sinne des Wortes eine Schranke ohne Ende vorhanden, vermöge deren ein erheblicher Theil des Volkseinkommens in die Staatskasse wandern muß, gleichviel, ob der Staatshaushalt eine Vermehrung der Einnahmen nöthig macht oder nicht. Ohne Zweifel hätte der Abg. Riquel den Cardinalpunkt der constitutionellen Garantien in ebenso sachgemäßer wie eingehender Weise im Landtage behandeln können.

Die Commission des Abgeordnetenhauses, welche über den Gesetzentwurf, betreffend die Conflictte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amt- und Diensthandlungen, berathen hat, faßte ihren Beschluß, den Entwurf abzulehnen und einfach die Abschaffung des Gesetzes vom 13. Februar 1854 zu empfehlen (wie nachträglich erwähnt werden mag), mit 12 gegen 6 Stimmen. Dann wurde die Frage aufgeworfen, ob die Commission jetzt für den Fall, daß dieser Beschluß nicht die Billigung der Regierung finden sollte, die Generaldiscussion über die Regierungsvorlage fortsetzen und demnächst in die Specialdiscussion über dieselbe eintreten wolle. Anfangs übermög die bejahende Ansicht, da die Majorität sich wohl selbst sagte, daß auf eine Zustimmung seitens der Regierung und des anderen Hauses nicht gehofft werden könne. In der für die Specialberatung nunmehr anberaumten folgenden Sitzung wurde jedoch durch eine ohne Widerspruch zugelassene abermalige Abstimmung mit 16 gegen 2 Stimmen beschlossen, von dieser weiteren Beratung der Regierungsvorlage und damit zugleich auch von einer eingehenden Berücksichtigung der von einem Mitgliede der Commission vorgeschlagenen anderweitigen Formulirung des Regierungsentwurfs bis dahin Abstand zu nehmen, daß etwa das Plenum den Vorschlag der Commission ablehnen und die Regierungsvorlage zur weiteren Beratung in die Commission zurückverweisen werde. Maßgebend für diesen Entschluß war die Rücksicht auf die gegenwärtige Beschäftigung des Landtags; es erschien der Commission wünschenswerth, bei dem nahe bevorstehenden Schluß der Session mit ihrem principalen Antrage so zeitig vor das Plenum zu treten, daß für den Fall einer Genehmigung dieses Beschlusses auch das andere Haus noch Gelegenheit erhalte, zu demselben Stellung zu nehmen.

Die Justizcommission berieth gestern Abend noch zwei Petitionen, in denen Amtsgerichtliche Urtheile wurden — muthmaßlich die letzten, denn Petitionen, die jetzt noch eingehen sollten, würden gewiß nicht mehr zur Verhandlung gelangen, vielmehr, wie der parlamentarische Ausdruck lautet, unter den Tisch fallen, ein Schicksal, welches ebenfalls auch mancher Regierungsvorlage zu Theil werden wird. Die beiden Petitionen waren von der Stadt Kurnil (Provinz Posen) und Ulfedom auf der Insel gleichen Namens ausgegangen und beschwerten sich darüber, daß Schrimm und Swinemünde den Vorzug erhalten haben; die betreffenden Verhältnisse wurden bis in das kleinste Detail von dem Referenten und dem Vertreter des Justizministers behandelt und erörtert. Es wird geglaubt, zu erwähnen, daß die von der Regierung getroffenen Maßnahmen von keiner Seite eine Mißbilligung erfuhren. — Von den sonst verhandelten Petitionen verdienen drei (Posen und Schlesien), welche eine Revision der neuen Formundschaffs-Ordnung empfehlen, eine besondere Erwähnung. Früher hatte bekanntlich der Vormund eine sehr untergeordnete Stellung und der Richter vermalte, während das neue Gesetz dem Vormund eine würdigere Stellung einräumt und große Selbstständigkeit gewährt. In diesem letzten Umstand, der seiner Zeit in beiden Häusern des Landtags die eingehendste Erörterung fand, will man jetzt plötzlich eine Gefahr erblicken. Es stellte sich indes im Laufe der Verhandlung heraus, daß von einer gewissen Presse die Beforgnis genährt und verbreitet und folchergehalt ähnlich wie bei der Wucherfrage eine kleine Agitation ins Leben gerufen ist, als deren Frucht man vielleicht die gedachten Petitionen bezeichnen darf. Charakteristisch war schon, daß die Gesetze durch keinerlei Thatsachen begründet sind, sondern auf allgemeine Redensarten sich stützen. Eine Untersuchung der bisherigen Wirksamkeit des neuen Gesetzes hat denn auch ergeben, daß dieselbe eine sehr geringe ist und daß jedenfalls nicht mehr Uebelstände, als unter dem alten Gesetz hervorgetreten sind. Die Petenten sind denn auch a limine abgewiesen.

Haus der Abgeordneten.

51. Sitzung vom 12. Februar. Präsident v. Bennigsen eröffnete die Sitzung um 10^{1/2} Uhr. Am Ministerische: Döbricht, Raybach und mehrere Regierungs-Commissare. — Nach Erledigung der Gesetzentwürfe, betreffend die Hannoverische Landescreditanleihe und betreffend die Abänderung der Weggesetzgebung für Schiedsrichter, tritt das Haus in die Beratung des Generalberichts der Budgetcommission. — Nach der Erklärung des Präsidenten werden zunächst die beiden ersten Resolutionen der Commission zur Debatte gestellt. Dieselben lauten: 1) Die Regierung zu ersuchen, in Zukunft auf Ersparnisse bei den laufenden Ausgaben der Staatsverwaltung, insbesondere durch Vereinfachung des Geschäftsverkehrs und Herabminderung der Zahl der Beamten, Bedacht zu nehmen; 2) sobald die Regierung aufzufordern, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage von solchen, nicht umgänglichen nothwendigen Neubauten Abstand zu nehmen und bei den beschlossenen Ausführungen, insbesondere bei der Vertheilung von Bahnhofsgebäuden, Dienstwohnungen u., jeden kostspieligen Luxus und jede über das Bedürfnis hinausgehende Anlage zu vermeiden.

Die Debatte, welche sich über diese Resolutionen erhebt, ist von keiner Bedeutung; es betheiligen sich die Abg. v. Redlich und der Referent Abg. Richter und das Haus genehmigt die Resolutionen mit großer Majorität. — In Bezug auf die Resolution Nr. 3 (den Ankauf von Volkswagen und die Eisenbahnpolitik betreffend) melden sich 16 Redner für und 6 gegen diese Resolution. — Nachdem die Abg. Dr. Raffe und Richter (Hagen) gesprochen, behält sich der Handelsminister Raybach seine Aeußerungen bis zur nächsten Sitzung vor und das Haus vertagt die Eröffnung der Reichstagsession wegen der Fortsetzung der Discussion auf Donnerstag 10 Uhr. Schluß 1 Uhr.

Rußland.

— St. Petersburg, 10. Februar. Die öffentliche Meinung legt hier dem formellen Abschluß des definitiven Friedens (der inzwischen erfolgt ist; v. R.) keine so große Bedeutung bei; sie erblickt darin das letzte Capitel eines Drama, dessen Ende sie beschleunigt zu wissen wünschte. Außerdem freut man sich, endlich die russischen Truppen heimkehren zu sehen, Obgleich das man seit geraumer Zeit und seit Abschluß des Berliner Vertrages darauf verzichtet, die großen an Menschen und Geld gedachten Ober durch Aequivalente belohnt zu sehen, welche der öffentlichen Meinung Genußgewährung gewähren und den endgültigen Frieden, sowie die Ruhe der Chinesen im Oriente sichern. Nach den gemachten harten Erfahrungen denkt man heute nur daran, von Vetterem Nutzen zu ziehen, indem man eine neue Aera der Sammlung eröffnet und sich ausschließlich der Entwicklung der nationalen ökonomischen Kräfte und neuen Reformen hingibt. Von letzteren Gesichtspunkte aus darf nicht verschwiegen werden, daß die öffentliche Meinung hier, und zwar jene der höchsten Klassen ebenso wie die in der Presse sich kundgebende, seit einigen Tagen unter dem Eindrucke einer wahrhaften Traurigkeit und bitteren Enttäuschung steht. Die Schuld an dieser Depression trägt die Haltung des nachbarlichen Nachbarlandes gegen Rußland und Anlaß der im Government von Kharakan ausgebrochenen Pest-Epidemie. Die Zweifel, welche man trotz aller seitens der kaiserlichen Regierung von allem Anfang an in dieser Angelegenheit an den Tag gelegten loyalen Offenheit und Activität nachhalsig gegen ihre Wahrhaftigkeit und Energie zu betunden sich bemühte, müssen tief verstimmend wirken und dem Verdachte keinen geringen Vorstoß leisten, daß mit der verfrühten und durch die Situation nicht gerechtfertigten Inscenerung einer Reihe von tief einschneidenden Maßnahmen seitens der Orenburgischen Russlands Tendenzen verknüpft seien, welche über den Rahmen einer präventiven Socialpolitik weit hinausreichen. Man darf es der öffentlichen Meinung in Rußland nicht verzeihen, wenn sie von diesen Absichten spricht, die gegen den russischen Handel in einem Augenblicke gerichtet sind, wo es für Rußland ein Lebensbedürfnis war, seine unermesslichen Handelsbeziehungen zu entwickeln, um sich von dem im letzten Kriege erlittenen Verlusten zu erholen. Es ist hier nicht unbedenklich geblieben, daß diese überstürzten Abschließungs-Maßregeln hauptsächlich unter dem Drucke Deutschlands erfolgt sind und daß dieser Druck sich immer weiter und weiter erstreckt hat. Diese Beobachtung mußte gegenüber der Thatsache an Bedeutung gewinnen, daß in demselben Augenblicke die deutsche Zollpolitik von Rußland wenig günstige Abmachungen für den russischen Handel zu erlangen strebt. Alles das hat die Verwirrung des Bauerns und der Enttäuschung hervorgerufen, welche namentlich in bitteren Regionen der Presse ihr Echo finden. (Wir spenden der russischen Gesellschaft die Berechtigung ab, von seitens Deutschlands getroffenen Maßnahmen solche Motive unterzulegen. Jedenfalls ist das von Herrn Correspondenten entworfene Stimmungsstück ein sehr interessantes. D. R.)

Die Nachricht über die österreichisch-deutsche Convention bezüglich des Artikels V des Praeger Friedens ist hier selbstverständlich nicht unbekannt geblieben. Rußland bleibt davon unberührt und wenn es mit den Principien seine Richtigkeit hat, wird in Zukunft die auswärtige Politik Rußlands kein solches, gibt es wenig Dinge in Europa mehr, in welche letzteres sich wird kümmern wollen.

Die Abänderung des bisherigen englischen Vorschlags, Lord Loftus, hat in der vornehmen russischen Gesellschaft gerade nicht allzu gern bei. Seinem Nachfolger, Lord Dufferin, werden ein sehr verständlicher Geist und sehr parlamentarische Formen nachgerühmt. Beides schien Lord Loftus abzugeben, dessen etwas schroffer, irrländischer Charakter es ist in Momenten der Krise dahin zu bringen wußte, daß die Schwierigkeiten eher sich zuspitzen, als auflösen. Die hohe Petersburger Gesellschaft hat ihn für die Spannung, welche unmittelbar vor dem Congresse zwischen Rußland und England geriebt ist, dermaßen verantwortlich gemacht, daß sie ihn förmlich kalt stellte, indem sie ihm beinahe die Thüren verschloß. In Wirklichkeit ist die Situation für ihn sehr schwierig geworden. Im geraden Gegenlage zu diesem Verhältnisse erhebt sich der österreichisch-ungarische Vorschlag, Baron Langenau, persönlich der größten Beliebtheit, einer Beliebtheit, die erst gestern Abend auf der bei ihm gegebenen brillanten Soirée in marianter Weise wieder hervorgetreten ist. Mehrere Mitglieder der kaiserlichen Familie, unsere gesammte höchste Gesellschaft und das ganze diplomatische Corps machten sich ein großes Vergnügen daraus, bei dem Feste des Baron Langenau zu erscheinen.

Frühjahr und Herbst

sind die Zeit der häufigsten Erkrankungen, weil die Temperaturunterschiede in dieser Zeit am größten, die Schwankungen in der Witterung und in dem Wassergehalt der Luft am unregelmäßigsten sind. Dazu kommt, daß man nie mit Bestimmtheit weis, wie sich kaltes, als für Wärme oder Kälte. Die Wechsel, welche sehr oft ganz plötzlich eintreten, sind der Grund der in diesen Jahreszeiten vermehrt auftretenden Erkrankungen. Besonders werden die Klimaveränderungen empfunden, doch scheint es, daß Witterungsveränderungen einen ganz besonderen Einfluß auf solche Personen, welche von Gicht und Rheumatismus und ähnlichen Leiden geplagt sind, ausüben. Denn die kleinste Erkältung genügt, um den Keim zu einer neuen Erkrankung zu pflanzen und ein altes langwieriges Leiden zu reaktivieren. Aus diesem Grunde findet man auch vorzugsweise im Frühjahr und Herbst die Reizungen mit Anpreisungen von hunderten der verschiedensten Mittel, Methoden und Bücher gegen Gicht und Rheumatismus angefüllt. — Fragt man einen Kranken, der sie fast alle studirt und durdgeprobt hat, so wird seine Antwort sicher die sein, wesentlichste Beförderung wurde mir nicht. Es ist dies auch ganz erklärlich: Krankheiten wie die genannten bedürfen nicht nur der rationalen Behandlung im Allgemeinen, sondern auch der Anwendung solcher Mittel, welche den Entzündungsurachen der Krankheit sowohl als der individuellen Constitution angepaßt sind. Dies erfordert langwierige Erfahrung, eingehendes Studium, und beides hat offenbar Herr E. C. Pfeiffinger in Frankfurt a. M. in bester Weise vereinigt, weshalb auch die von ihm erzielten glücklichen Erfolge nicht verweilt werden dürfen, sondern, wie aus seiner Bruchstücke hervorgeht, nach Laufenden zählen. Zur Rettung der Kranken, welche sich an Herrn Pfeiffinger wenden wollen, indeß nicht in der Lage sind, in